

Bodo Zeuner Gewerkschaften und intellektuelle Linke in 40 Jahren Bundesrepublik – Impressionen und Anmerkungen

Zusammenfassung: Bodo Zeuner konstatiert eine neue Qualität im Verhältnis von Gewerkschaften und linken Intellektuellen und die Chance zur verstärkten Zusammenarbeit. Nach dem Scheitern des gemeinsamen Protestes von Gewerkschaften und der Studentenbewegung gegen die Notstandsgesetze im Mai 1968 war das fragile Bündnis gescheitert. Während die Gewerkschaften zum bundesrepublikanischen Alltag zurückkehrten, sahen Teile der Studentenschaft die BRD auf dem direkten Weg zurück zum Faschismus. Die Hoffnung auf die im Prinzip revolutionäre Potenz der Arbeiterklasse war Grundlage sowohl der »seminaristischen« Hinwendung der Studenten zu »den Arbeitern«, als auch der aus der APO entstehenden K-Gruppen. Seitdem haben Gewerkschaften und Intellektuelle hinzugelernt: Gewerkschaften, daß die Krisendiagnosen der marxistischen Intellektuellen so falsch nicht waren, die Intellektuellen, daß nur Einmischung **ohne** Besserwisserei und Stellvertretertum politische Kooperation ermöglicht.

Wer über Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Deutschland nachdenkt, hat sich zu allererst zu vergegenwärtigen, daß die Arbeiterbewegung zwar stets große Hoffnungen auf die Wissenschaft setzte, aber die real existierende Wissenschaft und Akademikerschaft als Teil, ja als besonders effektives Instrument, der Gegenseite erfuhr. Studenten von heute waren die Chefs von morgen. Universitäten waren vor 1933 Hochburgen der Deutschnationalen, die Studentenschaft folgte den Nazis früher als das »Volk« und erst recht als die Arbeiter. Es gab in Weimar keine Intellektuellenbewegung zur Verteidigung der bürgerlichen oder sozialen Demokratie, es gab in Deutschland keine Tradition der auf der Seite der Unterdrückten politisch wirksam eingreifenden Intellektuellen wie in Frankreich mindestens seit Emile Zola. Es gab folglich auch nur geringe Erfahrungen mit gemeinsamem antifaschistischen Widerstand von Arbeitern und Intellektuellen, Erfahrungen wie sie für die italienische und französische Linke nach 1945 prägend wurden.

Die Intellektuellenfeindlichkeit der westdeutschen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften, von der im folgenden zuweilen die Rede sein wird, beruht auf historischen Erfahrungen, selbst dort, wo diese Erfahrungen gar nicht mehr bewußt sind.

Vom 20. bis 22. Juni 1988 veranstaltete die IG Metall ein tarifpolitisches Diskussionsforum, das der Vorbereitung ihres Zukunftskongresses diente. Eingeladen war ein großer Teil der linken und marxistischen Gewerkschaftskritiker der letzten 20 Jahre, das Thema hieß: »Strukturwandel: Chancen und Gefahren für solidarische Tarifpolitik«, und in der Einladung wurden die Teilnehmer mit Brecht ironisch ermuntert, »eine Liste der Fragen aufzustellen, die uns gänzlich ungelöst erscheinen«. Solche

Fragen wurden zwar präsentiert – Gibt es den »neuen Arbeitnehmertyp« (Horst Kern)? Können Gewerkschaften Individualisierungstendenzen positiv aufgreifen (Helmut Dubiel/Otto Jacobi)? Warum nicht ein Tarifvertrag über Vollzeitarbeit für alle – mit Teilzeitarbeit als geregelterm partiellem Freistellungsanspruch (Heide Pfarr)? – aber es gab keine Frontbildung zwischen den intellektuellen Kritikern und den Vertretern der Organisation.

Die Wissenschaftler reklamierten für sich keinen prinzipiellen Vorsprung an Gesellschaftserkenntnis, und ein »Wir haben es schon immer gewußt!« kam ihnen selbst dann nicht über die Lippen, wenn es nahelag – etwa bei der Wiederentdeckung betriebsnaher Tarifpolitik durch einige IG-Metall-Sprecher. Diese wiederum ließen nichts von früherer Kritikempfindlichkeit erkennen, nicht einmal die Argumentationsfigur vom praxisfernen Theoretiker wurde bemüht.

Vielleicht gibt dieser Eindruck mehr als nur einen atmosphärischen Wandel wieder. Es könnte ja sein, daß linke Intellektuelle einige Gewißheiten verloren und gewerkschaftliche Praktiker einige Verunsicherungen gewonnen haben. Ein »Strukturwandel« also auch in den gegenseitigen Beziehungen, vielleicht sogar eine einmalige Chance zur Entkrampfung eines in 40 Jahren Bundesrepublik stets prekären Verhältnisses?

Die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterparteien hatten in Deutschland stets ihre organischen Intellektuellen, aber eine eigenständige, zu demokratischem Bündnis fähige Intelligenzschicht stand ihr vor 1933 nicht zur Seite. Das war nach Kriegsende nicht wesentlich anders. Hinzu kam, daß ein großer Teil der aus Emigration oder Verfolgung zurückkehrenden kommunistischen und sozialistischen Intellektuellen sich mindestens anfangs dem Projekt eines neuen, anderen Deutschlands in der SBZ/DDR verschrieb. In den Westzonen waren daher die Sozialdemokratie und die mit alliierter Hilfe unter SPD-Dominanz wieder aufgebauten Gewerkschaften besser mit organischen Intellektuellen ausgestattet als die Kommunisten. Die SPD vermochte bis Anfang der 50er Jahre auch Strömungen für einen »Dritten Weg« zwischen Stalinismus und Kapitalismus einzubinden: Versuche einer linkssozialistischen Formierung blieben bedeutungslos und wurden immer wieder zwischen den in der BRD innenpolitisch formierten Fronten des Kalten Krieges zerrieben. Noch 1962 klagt Peter v. Oertzen beredt-resigniert über die »bedrückende Lage der deutschen sozialistischen Linken«, möchte sich die »trübsinnig stimmende Schilderung unserer Zersplitterung, der allgemeinen Desorientierung« ersparen. (Brock 1973, S. 26).

Die Gewerkschaften konnten in der Phase ihrer Neuordnungspläne den Bedarf an programmatischem Vordenken durchaus aus den eigenen Reihen decken. Prominentestes Beispiel ist Viktor Agartz, der anfangs für die SPD, später für den DGB Grundzüge sozialistischer Wirtschaftspolitik und ein politisches, gegen Klassenkooperation gerichtetes Konzept der expansiven Lohnpolitik formulierte, jeweils unter großem Applaus von Partei- und Gewerkschaftstagen. Der Beifall, vor allem der auf dem Frankfurter DGB-Kongreß 1954, war aber kein Zeichen von Einfluß. Ein Jahr später konnte der Linke Agartz auf Druck der CDU-Gewerkschafter mittels einer Intrige aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB entlassen werden, ohne daß sich

bei den Linken innerhalb oder außerhalb der Gewerkschaften Widerstand regte. Vielleicht war Agartz zu sehr Einzelkämpfer, zu wenig um Verankerung und Hausmacht bemüht. Aber selbst dieser Fehler wäre kein rein persönlicher, sondern zeit-typisch für die 50er Jahre. Die DGB-Gewerkschaften in der Adenauer-Zeit hatten Bedarf an deutenden, nicht aber an eingreifenden Intellektuellen, die den Prozeß des Sich-Einfügens in die bundesrepublikanische Wirtschafts- und Politik-Ordnung ernsthaft hätten stören können. Und einen Verbund sozialistischer Intellektueller, der Agartz auch von außen hätte stützen können, wie 30 Jahre später, als das WSI den Technologie-Kritiker Ulrich Briefs feuern wollte, gab es damals nicht.

Erste Ansätze zu einer Intellektuellenbewegung als politischer Kraft bildeten sich neben den Gewerkschaften, wenn auch in partiellem Bündnis mit ihnen. Die Bewegungen gegen die Remilitarisierung und die Atombewaffnung der Bundeswehr wurden maßgeblich von etablierten Intellektuellen, vor allem den Berufsgruppen gesellschaftlich anerkannter Sinndeuter wie Theologen und Professoren, geprägt. Diese Gruppen waren von der Arbeiterbewegung ideologisch weit entfernt, wie schon ihre Diktion zeigt: »Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständische Organisation. Die Gewerkschaften sind politisch neutral ...« formulierten 44 Professoren 1958 in einem Aufruf zum Protest gegen die Atomrüstung. Der gemeinsame Protest kam zustande: SPD und DGB setzten sich an die Spitze der Bewegung, um sie freilich bald zu kanalisieren und versickern zu lassen. Diese Aktion hatte weitgehenden, aber nicht vollständigen Erfolg: Die Ostermarschbewegung, getragen von linken Gewerkschaftern, Sozialisten, Kommunisten und moralisch motivierten Intellektuellen überlebte, schuf Kommunikationsstrukturen, in denen sich die außerparlamentarische Opposition der späten 60er Jahre vorbereitete.

Die ersten praktischen Bündnisse von Gewerkschaftern und Intellektuellen, vor allem auch Studenten, die dabei entstanden, waren zwar für die politische Sozialisation beider Gruppen wichtig – H.G. Lang berichtet z.B. davon (Lang 1978, S. 14) –, sie hatten aber mit der offiziellen Politik der Organisation nichts zu tun. SPD und Gewerkschaften bevorzugten als Deuter und Eingreifer solche Intellektuelle, die auf keynesianischen Klassenkompromiß setzten (oder diesen auch noch mit Klassenversöhnung verwechselten) wie Ludwig Rosenberg und Karl Schiller. Godesberger (1959) und Düsseldorfer (1963) Programm von SPD und DGB besiegelten die Anerkennung nicht nur der politischen, sondern auch der ökonomischen Grundlagen der BRD. Aber im Verhältnis zu linken Intellektuellen gab es einen markanten Unterschied zwischen der Partei und einem Teil der Gewerkschaften. Die SPD leistete sich mit dem administrativen Herauswurf des SDS und seiner Unterstützer 1960/61 eine Amputation ihres kritischen Nachwuchses und großer Teile ihres linksintellektuellen Umfeldes. Auf dem Weg zur Regierungsbeteiligung und zum Einbruch in neue Wählerschichten erschienen sozialistische Intellektuelle der Parteiführung um Wehner nur als Störfaktor. In den Vorständen und Vorstandsverwaltungen einiger Gewerkschaften dagegen, vor allem der IG Metall, gab es Personen, die ihre eigene linkssozialistische Vergangenheit (etwa SAP am Ende der Weimarer Republik) nicht verdrängt hatten, der Entwicklung der SPD zur klassenverleugnenden »Volkspartei« (dies

Modell war ja ohnehin für Gewerkschaften wegen ihres realen Klassenbezugs nicht direkt kopierbar) skeptisch gegenüberstanden und kraft eigener Macht dem Wehnerschen Säuberungskurs widerstehen konnten. In Frankfurt, wo IG Metall und SDS ihre Vorstände hatten, intensivierten sich die Kontakte gerade nach dem SPD-Unvereinbarkeitsbeschluß. Es entstanden Gesprächskreise von Intellektuellen und Gewerkschaftern, die z.B. die Zeitschrift »express international« herausgaben und eine der Keimzellen der Anti-Notstandsbewegung wurden (Voigt 1978, S. 57).

Diese Bewegung, die sich später mit der Studentenrevolte verband und in dieser auch ihr Ende fand, zeigte eine neue Qualität im Verhältnis von Gewerkschaften und linken Intellektuellen.

- Es war nicht mehr das Nebeneinander von »Bündnispartnern«, die sich, wie die Pastoren, Naturwissenschaftler und Gewerkschaftssekretäre der Anti-Atomtodbewegung der 50er Jahre in die Angelegenheiten der anderen nicht einmischten. Sondern es kamen Intellektuelle, die ihre Arbeit auf die Bedürfnisse der Arbeiter abstimmen wollten, mit Gewerkschaftern zusammen, die die verfassungsrechtlichen Grundlagen ihrer Handlungsfähigkeit bedroht sahen und zur Analyse, auch der juristischen Details, dieser Bedrohung auf Intellektuelle angewiesen waren (Seifert 1978, S. 49).
- Das Thema, die – vom ursprünglichen Schröder-Entwurf (»Stunde der Exekutive«) bis zum 1968 verabschiedeten Paket vielfach veränderten und durch den Druck der Bewegung auch entschärften – Notstandsgesetze, betraf den Alltag von Intellektuellen und Gewerkschaftern viel direkter als die nur abstrakt vorstellbare atomare Vernichtungsgefahr: Es ging um Einschränkungen des Streikrechts, um Dienstverpflichtungen, um Pressezensur, um Einsatz der Bundeswehr im Innern etc.
- Es gab – ansatzweise – eine eigene Intellektuellenopposition gegen die Notstandsgesetze, die aus eigener Betroffenheit und aus eigener Kraft an den Universitäten und im Medien- und Kulturbetrieb Gewicht gewann und der es gelang, durch genaue Analyse der Regierungspläne Widersprüche im Demokratieverständnis der Herrschenden öffentlich zu machen.
- Es gab einen Dissens zwischen den Mehrheiten und Führungen der SPD einerseits, die den Notstandsgesetzen als Ausweis ihrer Staatstreue zustimmen wollte, und den DGB-Gewerkschaften andererseits, die diese Gesetze bis zum Schluß ablehnten. Dies war eine strategisch für linke Intellektuelle günstige Lage: Sie hatten in den Gewerkschaften einen Bündnispartner, der sich durch Beschlußlage festgelegt hatte, mit ihnen ein gleiches Ziel zu verfolgen, so daß der sozialdemokratische Disziplinierungsdurchgriff an diesem Punkt gegen sie nicht möglich war.

Die Anti-Notstands-Bewegung mündete in die Studentenbewegung von 1967/68, wurde von ihr überrollt, umfunktioniert, überhöht, verstärkt, gefährdet, ad acta gelegt, verdrängt, zerstört. Es ließen sich noch weitere Verben finden, die das komplizierte Verhältnis dieser Bewegungen ebenfalls in irgendeinem Aspekt zutreffend beschreiben. Jedenfalls: Die APO war eine Intellektuellenbewegung ganz anderer Art als diejenige, die sich mit kritischen Gewerkschaftern gegen die Notstandsgesetze verbündet hatte.

Man kann das an einem nur scheinbar geographischen Sachverhalt festmachen: Ausgangspunkt der neuen Bewegung war nicht Frankfurt, sondern Berlin-West, mit seiner anti-linken, auch und gerade von den örtlichen Gewerkschaften getragenen Frontstadtkultur einerseits, seiner Attraktion für das elterliche Nest flüchtende Studenten andererseits. Was sich hier als neue kulturevolutionäre Bewegung in Eskalationsprozessen mit einem verbaldemokratischen »Establishment« herausbildete, war der Intention nach antiautoritär und internationalistisch – letzteres übrigens auch gefördert durch den genius loci: In Berlin waren die in Vietnam ihr idealisiertes Gesicht verlierenden USA als »Schutzmacht« präsent, und fast jeder von den USA gestützte Diktator der Dritten Welt von Tschombé bis zum Schah stattete irgendwann einen Pflichtbesuch an der Mauer ab: Demonstrationen eines »Freie-Welt«-Verständnisses, das Demonstrationen hervorrief.

Die Berliner Gewerkschaften standen der neuen Bewegung aggressiv und feindlich gegenüber. Im Februar 1968 rief der örtliche DGB zu einer Kundgebung der Normalberliner gegen die linken Demonstranten auf, an deren Rande sich ein unbeteiligter Passant, der Rudi Dutschke ähnlich sah, vor Lynchdrohungen des Volkszorns in Polizeigewahrsam flüchten mußte. Aber auch bundesweit hatte diese neue moralisch-existential motivierte Opposition mit den Gewerkschaften, deren Führungen sie dem Herrschaftssystem zurechnete, nichts zu tun – und mit ihr konnten die Gewerkschaften auch nichts anfangen. Es war eine sich radikalierende Bewegung von intellektuellen citoyens, darunter nicht wenigen bourgeois-Kindern.

Die Arbeiterklasse wurde im Zuge des Selbstaufklärungsprozesses dieser Bewegung als *Abstraktum* entdeckt: als historisch notwendiges revolutionäres Subjekt, das, möglichst im Bündnis mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, die als Kern des Übels erkannten Grundstrukturen des imperialistischen Kapitalismus aus den Angeln zu heben hat.

1968 fiel der Höhepunkt der Studentenbewegung (Dutschke-Attentat, Osterunruhen) fast zusammen mit dem Höhepunkt und Ende des Anti-Notstands-Kampfes: Ende Mai verabschiedete die Zwei-Drittel-Mehrheit der Großen Koalition im Bundestag trotz des massenhaften Protestes von Intellektuellen und Gewerkschaftern die demokratiebedrohenden Gesetze – und die Gewerkschaften stellten sich, wie fast immer in ihrer Geschichte, auf den Standpunkt des Legalismus: Gegen ein von der demokratisch legitimierten Volksvertretung beschlossenes Gesetz werde man nicht streiken. Dies war das Ende des schon vorher brüchig gewordenen* punktuellen Bündnisses von APO und Gewerkschaften.

Es wurden entgegengesetzte Logiken politischen Handelns sichtbar:

»Die Protestbewegung berief sich auf die erfolgreichen Aktionen. Diese Kampferfahrung führte zu einer Ungebrochenheit und einer – wie sich zeigte – unrealistischen Überschätzung der eigenen Möglichkeiten. Die durch viele Kämpfe und auch Niederlagen gegangenen Gewerkschafter waren solcher Ungebrochenheit gegenüber skeptisch.« (Seifert, S. 54)

* In Frankfurt z.B. wurde die Koalition der Notstandsgegner aus Alt-SDSlern, Metallern und linken Sozialdemokraten schon nach den Osterunruhen durch die neuen SDS-Aktivisten um Hans-Jürgen Krahl, denen SPD und Gewerkschaften als Teil des Repressionsapparats galten, gesprengt (s. Voigt, S. 60 f.).

Die Niederlage im Anti-Notstandskampf wurde von den Bündnispartnern nicht mehr gemeinsam verarbeitet. Für die Gewerkschaftsführung war der Mai 1968 gar keine historische Niederlage, sondern eher eine der vielen Zurückweisungen ihrer Forderungen durch widrige Parlamentsmehrheiten, mit denen man zu leben gelernt hatte. Im übrigen hatte man ja die Notstandsgesetze tatsächlich entschärft, am Ende also durch Druck einen unbefriedigenden Kompromiß erreicht, wie er auch sonst zum Alltag der Gewerkschaftspolitik gehört. Und schließlich war man der Regierungskoalition, die die Notstandsgesetze durchgesetzt hatte, mindestens der Wirtschaftspolitik des Sozialdemokraten Schiller, in der Konzentrierten Aktion kooperativ verbunden. Für die Studentenbewegung war die Niederlage eine Katastrophe. Zum ersten Mal war die junge Bewegung an harte Grenzen ihrer politischen Durchsetzungskraft gestoßen. Schlimmer noch: Viele erlagen der Autosuggestion und glaubten, was vorher unbedacht-agitatorisch verkündet worden war, daß nämlich mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze (häufige Propaganda-Abkürzung: NS-Gesetze) die Demokratie beendet, ja der Faschismus ausgebrochen sei. Radikales strategisches Umdenken der Bewegung war angesagt, aber für eine gründliche Analyse der Realität fehlte die Muße: Bewegungen stehen, solange sie diesen Namen verdienen, unter Zeitdruck. Das erste Ergebnis dieser kurzschlüssigen Reflexionen war die Abwendung von den organisatorischen Vertretungen der Arbeiterbewegung: SPD- und DGB-Führung hatten ja nun den Beweis erbracht, daß sie im Zweifelsfall dem Interesse der Herrschenden folgen. – Nur der zur sich neukonstituierenden DKP neigende Teil der APO vollzog diese Schlußfolgerung nicht mit.

Da aber die neu gewonnene sozialistische Identität nicht aufgegeben werden konnte, mußte die Hoffnung auf die im Prinzip revolutionäre Potenz der Arbeiterklasse bewahrt werden, ja es galt, das abstrakt Erkannte jetzt aus eigener Kraft an den traditionellen Organisationen vorbei ins Werk zu setzen. Die »proletarische Wende« der Studentenbewegung war die sich selbst überschätzende Zuspitzung einer Abstraktion zur Praxis.

Darin war die Möglichkeit zum Wahn angelegt, aber 1968/69 gab es tatsächlich reale Anhaltspunkte für neue autonome Bewegungen der Arbeiterklasse. Im Pariser Mai 68 hatten sich Studenten und Arbeiter zu einer fast erfolgreichen antigauillistischen Massenbewegung verbündet. Daß de Gaulle mit Polizei und Parlamentswahlen diese Bewegung relativ leicht auseinandertreiben konnte, wurde in Deutschland eher als Episode gewertet. Der italienische heiße Herbst 1969, wiederum getragen von Arbeitern und Studenten, führte tatsächlich zu einer neuen Machtposition der italienischen Arbeiterklasse und zu basisorientierten Veränderungen der Gewerkschaftsstrukturen. Und in der BRD streikten im September 1969 immerhin 150 000 Arbeiter für egalitäre Lohnerhöhungen, ohne die Gewerkschaftsführung vorher zu fragen.

Es war auch nicht falsch, darin einen wachsenden Selbstvertretungsanspruch einer auch in der BRD klassenbewußter und aktionsfreudiger gewordenen Gewerkschaftsbasis und auch einen Protest gegen die kooperative Politik der Gewerkschaftsführungen zu sehen (die ihre einkommenspolitische Zurückhaltung dann auch relativ prompt modifizierten). Falsch war nur, daß die Zerfallsgruppen der sich ab Mai 68

zersplitternden Studentenbewegung in den autonomen Aktionen der Arbeiter immer nur die eine Seite, das zur Entfaltung fähige, ja zur Entfaltung bestimmte, Samenkorn zu sehen vermochten und dieses Korn solange verklärt anschauten, bis sie glaubten, es sei selber schon die Frucht. Samen heißt auf lateinisch *semen*, und auch in diesem, wörtlichen, Sinne war die Hinwendung der Studentenbewegung zu »den Arbeitern« *seminaristisch*.

Was bei dieser Sichtweise vernachlässigt wurde, ist die Möglichkeit, daß es auch anders sein kann und daß sich eine dialektische Entwicklung, auch die der Klassenkonfrontation, nicht nach einem Schema immer höherer Aufschwünge, etwa der Klassenmacht, vollziehen muß, daß »die Herrschenden«, denen man ja 1968 sogar die sofortige Einführung eines »Faschismus« zutraute, im entwickelten Kapitalismus der BRD eine Vielzahl von Möglichkeiten der Pazifizierung besitzen, daß der Kapitalismus kein stinkender Leichnam ist, sondern flexible Stabilität auch in Krisen zeigt, daß die Imperialismustheorie genau zu nehmen ist und wirklich ein realer Interessensunterschied zwischen der Arbeiterklasse der Metropolen und der in ihrer Subsistenz bedrohten Bevölkerung der Peripherie besteht – daß mithin also Rückschläge der eigenen als richtig erkannten und geförderten gesellschaftlichen Entwicklungstendenz gerade in einer auf kapitalistische Ökonomie gegründeten Gesellschaftsformation erwartbar, ja daß sie die Normalität sind und daß sie deshalb auch die eigene Identität als Sozialisten und Marxisten nicht umstoßen müssen.

Die aus der APO erwachsenen Avantgardegruppen, die als K-Parteien die Arbeiterklasse anführen wollen, waren Prototypen dieser Unvorbereitetheit auf Enttäuschungen.

Aber auch die nicht-dogmatischen linken Gruppen, die einen Bezug zur Arbeiterklasse suchten, hatten Entwicklungsmodelle im Kopf, die ihre Fähigkeit, Enttäuschungen zu verarbeiten, beeinträchtigen konnten. Das gilt nicht für alle von ihnen und längst nicht für alle, die in dieser Zeitschrift – heißt sie übrigens eigentlich »PROKLA« oder doch noch »Probleme des Klassenkampfes«, man sehe genau auf das Deckblatt und seine Innenseite!/? – Gewerkschaftsanalyse oder politisch-ökonomische Analyse im – vorgestellten oder realen – Zusammenhang der Arbeiterbewegung betrieben haben. Aber immerhin galt für viele von uns auch, daß wir auf die Krise »setzten« – z.B. die weltweite Krise der kapitalistischen Akkumulation, die Krise der an Prosperität gebundenen Mechanismen der SPD-Bindung der Gewerkschaften und ihrer Basis, die Krise des fordistischen Regulierungsmodells, die Krise des Sozialstaats, die Krise der Verpflichtungsfähigkeit der Gewerkschaftsführungen gegenüber ihrer rebellischer werdenden Mitgliederbasis, die Krise der Gewerkschaftsorganisation durch entweder prosperitätsinduzierten (1960) oder eben kriseninduzierten (1980) Mitglieder- und Nachwuchsrückgang etc. All diese Krisenanalysen, die ja für sich genommen durchaus zutreffend und genau waren, lebten politisch von einer mindestens latenten Verelendungshoffnung: Je schlimmer es wird, um so größer die Hoffnung auf eine grundlegende Wende zum Besseren. Ich will als Beispiel mich selber als gewerkschaftsanalytischen PROKLA-Autor anführen: In PROKLA 26/1978 schrieb ich einen Aufsatz über die SPD-Bindung der DGB-Gewerk-

schaften und behauptete darin, daß das Fortdauern dieser Bindung, obwohl die keynesianische, Klasseninteressen ausgleichende Globalsteuerung längst erkennbar gescheitert sei, einen »erklärungsbedürftigen Befund« darstelle. Ich habe dann einige Erklärungen, auch historische, angeboten, und bin bei der Hypothese einer spezifisch deutschen, *generalisierten Staatsfixierung* der Arbeiterbewegung gelandet. Ich finde diese Erklärung auch heute noch nicht falsch, aber ich frage mich, ob ich nicht den deutschen Sonderfall dramatisiert und übertrieben und dabei die Langsamkeit historischer Prozesse unterschätzt habe. War es denn wirklich so verwunderlich, daß die DGB-Gewerkschaften auch dann noch zur SPD hielten, als das Schmidtsche Krisenmanagement immer mehr auf ihre Kosten ging? Daß sie zum Umdenken aus der heilen Welt eines global gesteuerten Kapitalismus des Karl Schiller zur Realität eines krisenhaften Kapitalismus lange Zeit brauchten? Und daß ihnen ihre folgegewohnte Basis nicht so schnell die Treue aufkündigte, wie dies den materiellen Interessen entsprochen hätte?

Diese Unterschätzung des Zeitbedarfs von Lernprozessen war nur eine Variante jener in den 70er Jahren in der sich neu etablierenden marxistisch-sozialwissenschaftlichen Intelligenz allgemein geteilten Hoffnung auf sich verschärfende Klassenauseinandersetzungen als Folge kapitalistischer Krisen. Die Gewerkschaftskritik und Gewerkschaftsanalyse linker Intellektueller in den 70er und frühen 80er Jahren blieb von dieser Verschärfungs-Hoffnung geprägt, wie verschieden sie auch immer deren materielle Grundlagen im Produktionsprozeß und deren Vermittlung zum Bewußtsein begrifflich faßte. Intellektuelle Gewerkschaftskritik beruhte auf einem Grundmuster, zu dem folgende Elemente gehörten:

- Annahme eines Gegensatzes von Führung und – mindestens den aktiven oder potentiell aktiven Teilen der – Mitgliederbasis,
- Propagierung und Unterstützung einzelner betrieblicher Kämpfe als – wie auch immer auf Grund der je besonderen Bedingungen relativiertes – Vorbild,
- Vorwurf einer falschen oder unzureichenden Einsicht der Gewerkschaftsführungen in die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Akkumulation und in die begrenzten Interventions- und Regulierungsmöglichkeiten des (SPD-regierten) Staates,
- Annahme eines Zusammenbruchs bestimmter Regulationsmodi der Arbeitsbeziehungen nach dem Scheitern des Keynesianismus und dem Ausbruch der Massenarbeitslosigkeit, und, damit verbunden,
- Annahme einer daraus folgenden Krise der bisherigen Strukturen der industriellen Beziehungen und der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, wobei das Modell des heißen Herbstes in Italien – trotz ausführlicher Analyse der Andersartigkeit dortiger Bedingungen – mehr oder weniger ausgesprochen als Orientierung für das auch in der BRD Mögliche diente.

Es wäre abgeschmackt, sich im Nachhinein über diese Art von Gewerkschaftsanalyse zu erheben, zumal die Elemente dieses Grundmusters im einzelnen durchaus auf treffenden Analysen und realen Erfahrungen von Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse beruhten, in die Bildungsarbeit eingingen und vielen aktiven Gewerkschaftern brauchbare Interpretationen und Orientierungen ihres Handelns ermöglichten. – Mir

geht es hier mehr um die subjektive Seite der Angelegenheit in den Köpfen der sich Gewerkschaften als »Gegenmacht«, als realem Ausdruck des Abstraktums »Arbeiterklasse« kritisch zuordnenden Intellektuellen, mir geht es also um die »Verschärfungs-Hoffnung«, die dieses analytische Grundmuster motivational zusammenhielt. Diese Hoffnung mußte angesichts der sich in der BRD entwickelnden Realität aufgegeben werden.

Zwischen 1974 und 1984 wurden Erfahrungen gemacht, die fast alle gewerkschaftsnahen Intellektuellen zum Umdenken zwangen: Ausbleiben von Massenkämpfen trotz steigender struktureller Arbeitslosigkeit, bzw. gerade wegen des Drucks der Reservearmee; Entwicklung einer auch Teile der Arbeiterschaft einbeziehenden neokonservativen Hegemonie in Großbritannien, den USA und der BRD; das Scheitern eines Regierungssozialismus auf Nationalstaatsebene in Frankreich und das Ende der Klassenmacht in Italien; die strategische Ratlosigkeit *aller* sich auf die Arbeiterklasse beziehenden Linken angesichts weltmarkt-induzierter Umstrukturierungsprozesse der westdeutschen Ökonomie und Gesellschaft; die mit dieser Umstrukturierung einhergehende zunehmende Differenzierung der abhängig Arbeitenden.

Nach alledem war ein Modell, das von einer tendenziell kampfbereiten, durch eine – SPD-gebundene oder in Sozialpartnerschaftsillusionen befangene – Gewerkschaftsführung gebremsten Basis ausging, nicht mehr tragfähig, jedenfalls wenn es die dominierenden Tendenzen und Probleme der Gewerkschaften zu analysieren galt. Zudem zeigte sich, daß die spezifisch deutschen Errungenschaften eines über hundertjährigen staatszentrierten Reformismus samt aller Verrechtlichung im internationalen Vergleich durchaus nicht schlecht abschnitten, wenn es um die Milderung der Krisenfolgen für die Beschäftigten ging. Aufgrund ihres hohen Institutionalisierungsgrades waren die westdeutschen Gewerkschaften nicht so einfach politisch zu marginalisieren oder zu paralysieren wie die einst bewunderten kämpferischen Vorbilder in Großbritannien und auch in Italien.

Hinzu kam, daß mit dem Ökologieproblem und den neuen sozialen Bewegungen neue gesellschaftliche Widersprüche und neue politische Widerstandspotentiale entstanden, die die Identifikation von Intellektuellen mit einer »real existierenden« oder gedachten Arbeiterbewegung nachhaltig untergruben. Das Eintreten der DGB-Gewerkschaften für die Atomenergie (bis zur Tendenzwende nach Tschernobyl), am radikalsten bei der von Betriebsräten der Energieunternehmen initiierten Dortmunder Kundgebung von DGB, IG Metall, IG Bau, IG Chemie und ÖTV im November 1977, löste eine Gewerkschaftskritik aus, die zu grundlegenden Konsequenzen führte, als etwa die frühere an ihrer einkommenspolitischen Kooperation: Gewerkschaften – und zwar Führung wie der überwiegende Teil ihrer Basis – erschienen nicht mehr einfach als »Sozialpartner«, sondern als Partner eines produktivistischen Wachstumsbündnisses mit Kapital und Staat, das die Zerstörung der Lebensgrundlagen betreibt. Das Vertrauen der Arbeiterbewegung, gerade auch der marxistischen, in den Fortschritt der Produktivkräfte wurde ebenso dem Zweifel ausgesetzt wie die traditionelle Vorstellung, daß die »objektiven« Interessen der Arbeiterklasse mit den gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsinteressen prinzipiell

identisch seien. Dieser Zweifel mindestens an der Führungsrolle des historischen Subjekts Proletariat wurde gleichzeitig durch Theorie und Praxis der neuen Frauenbewegung verstärkt.

Diese und andere Erfahrungen, z.B. die Enttäuschungen über Vorbilder in kommunistisch regierten Staaten, führten dazu, daß mit der Krise des Kapitalismus auch eine Krise des Marxismus, der in der Bundesrepublik in besonderer Weise ein intellektuell-akademischer war (Blanke 1979) ausbrach – und selbstverständlich damit auch eine Krise der linken Gewerkschaftskritik. Diese Krise führte zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen:

- Ein Teil der westdeutschen Intellektuellen nahm »Abschied vom Proletariat«, setzte auf neue soziale Bewegungen als neues historisches Subjekt.
- Noch weiter gingen diejenigen, die auch Abschied von der Kapitalismuskritik nahmen und im Einklang mit den Neokonservativen »den Markt« als Regulierungsinstrument wiederentdeckten (etwa Ökolibertäre und einige grüne Realos).
- Andere halten an Hoffnungen auf eine Revitalisierung des Keynesianismus nach dem absehbaren ökonomischen Scheitern der Angebotsökonomie fest.
- Von den hauptberuflich mit Gewerkschaftsforschung befaßten akademischen Intellektuellen verschrieben sich einige, enttäuscht über die ungeahnte Stabilität und Anpassungsfähigkeit der bundesdeutschen industrial relations, systemtheoretischen Ansätzen, nach denen es auf Handeln und Intentionen der Akteure kaum noch ankommt, jedenfalls nicht im Bereich der Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital.
- Schließlich versuchen einige, mit mehr Realismus und Skepsis als in den 70er und frühen 80er Jahren, sich an der Formulierung gewerkschaftlicher Strategien zu beteiligen.

Für die letztgenannte Tendenz einer realistischen und vielfältigen Kooperation stehen jedenfalls bei denjenigen Gewerkschaften die Chancen nicht schlecht, die seit 1984 für die 35-Stunden-Woche kämpfen und nicht, wie die IG Chemie, einen subalternen Branchen-Korporatismus pflegen. Denn die von linken Intellektuellen analysierte »Krise der Gewerkschaften« hat ja tatsächlich stattgefunden und ist von vielen DGB-Gewerkschaften durchaus produktiv bearbeitet worden, wenn auch langsamer und in anderen Formen, als intellektuelle Kritiker gefordert haben:

- Alle Gewerkschaften professionalisierten und akademisierten ihre Apparate, was sie unbefangener auf wissenschaftliche Beratung zurückgreifen ließ und die traditionelle Intellektuellenfeindlichkeit minderte. Habitus- und Kulturschranken wurden dadurch niedriger, Forderungen an eine »arbeitnehmerorientierte« Wissenschaft selbstbewußter. (Dabei überwiegt weiterhin eine instrumentelle Haltung der wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit gegenüber, gegen die sich gerade mit Gewerkschaften kooperierende oder in deren Auftrag forschende Wissenschaftler zuweilen zu wehren haben – etwa wenn Untersuchungsergebnisse nach Beschlußlagen vorprogrammiert werden sollen.)
- Inhaltlich wird der umfassende Charakter der gegenwärtigen ökonomisch-sozialen Restrukturierung – »Strukturwandel« war das Leitwort des anfangs geschil-

der IG-Metall-Forums – anerkannt: Es wird also gesehen, daß es sich nicht einfach um eine zyklische Verwertungskrise sondern um einen Wandel des Produktionsprozesses, der Beschäftigungsstruktur und der gewerkschaftlichen und politischen Vertretungsform handelt. Folglich ist der Bedarf an Reflexion, Untersuchung und Beratung vielfältig: Es geht zugleich um Produktpolitik, um neue Spaltungen der Beschäftigten, um Weltmarktbeziehungen, um neue arbeitsrechtliche Ideen, um die Zukunft der Erwerbsarbeit und um einen Individualisierungstendenzen adäquaten neuen Begriff von Solidarität.

– Der deutende – wenn auch möglichst nicht eingreifende – Intellektuelle wurde von den Gewerkschaften schon immer in der Bildungsarbeit gebraucht; auch dieser Bedarf – etwa die Nachfrage nach studentischen Teamern in der gewerkschaftlichen Jugendbildung – nimmt in einer Situation nicht ab, in der die materielle Lage des/der Lohnabhängigen immer weniger für sich selber spricht, sondern nur im Zusammenhang mit Interpretationen zu erkanntem Interesse führt.

– Die – im einzelnen in der Industriesoziologie nach wie vor umstrittenen – Veränderungen der Beschäftigtenstruktur legen jedenfalls eine »Intelktualisierung« der künftigen gewerkschaftlichen Organisationspraxis nahe: Ein nicht unerheblicher Teil der in Zukunft nachgefragten Arbeitskraft wird sich durch hohe allgemeine Qualifikation und einen im Produktionsprozeß nicht befriedigten Partizipationsbedarf, der von den Gewerkschaften aufgegriffen werden könnte, auszeichnen.

– Die strategisch wichtigste Konsequenz, die ein Teil der DGB-Gewerkschaften aus der Krise zog, war der Kampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung. Nach Inhalt und Form schuf diese Strategie neue Möglichkeiten der Kooperation mit Intellektuellen: Inhaltlich ging es jedenfalls der Intention nach um einen Akt der Solidarität über die Stammebelegschaften hinaus, zugleich stellen sich mit realer Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung neue Probleme einer Gewerkschaftspolitik für die nicht arbeitsgebundene Zeit; die Form der Durchsetzung erforderte über den klassischen Arbeitskampf hinaus ein breites Bündnis mit neuen sozialen Bewegungen und Meinungsmultiplikatoren.

Der 84er-Streik von IG Metall und IG Druck und Papier hat neue Perspektiven des Verhältnisses von Gewerkschaften und linken Intellektuellen geöffnet, die freilich von vielen der im Jahrzehnt zuvor von den Gewerkschaften enttäuschten Nachfahren der Studentenbewegung gar nicht mehr wahrgenommen wurden.

Diese Faktoren, die bei vielen – nicht allen – DGB-Gewerkschaften ein neues Verhältnis zu linken Intellektuellen fördern, lassen immerhin hoffen, daß der anfangs anläßlich des IG-Metall-Forums konstatierte atmosphärische Wandel vielleicht die Chance für eine neue Art der Beziehung signalisiert – eine Beziehung, die freilich schwer mit den gängigen, geschichtsgeladenen Begriffen zu fassen ist. Immerhin haben beide Seiten gelernt:

- Gewerkschaften, daß die Krisenprognosen linker Intellektueller so falsch nicht waren und daß sie für ihre eigene Strategiefindung ohne die Analysen und die Unterstützung kritischer Intellektueller schwerlich auskommen;
- Linke, vor allem marxistische Intellektuelle, daß auch ihre zutreffenden ökonomi-

schen Analysen weder die Massen ergriffen haben, noch eine bestimmte, richtige Praxis der Gewerkschaften in der Krise begründen konnten;

- Gewerkschafter, daß der Klassengegensatz, wie die Linken immer gesagt hatten, im Kapitalismus weiterhin grundlegend ist;
- linke Intellektuelle, daß der Klassengegensatz einer von mehreren Widersprüchen dieser Gesellschaftsformation ist und daß der Weg zu einer neuen, emanzipierten Gesellschaft nicht über den Klassenkampf allein führen kann.

In diesen Lernprozeß sind *historische* Veränderungen der westdeutschen Intelligenz eingegangen, die der Studentenbewegung und der – durch sie vorangetriebenen – sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Bildungspolitik zu verdanken sind: Die Studentenbewegung hat – was immer über sie nach 20 Jahren weiterhin kontrovers ist – mindestens eines erreicht: Das politische Klima an den deutschen Universitäten ist trotz konservativer Professorenmehrheiten nicht mehr rechts, also demokratie- und gewerkschaftsfeindlich bestimmt. Durch Bewegungs- und Gewerkschaftsdruck war eine Reform des Bildungssystems möglich, die einen über die Bedürfnisse des kapitalistischen Beschäftigungssystems hinausgehenden Qualifikationsüberschuß und damit auch einen Überschuß an demokratisch-partizipatorischen Erwartungen produziert hat und immer noch produziert.

Diese neue Intelligenzschicht tritt den Gewerkschaften anders gegenüber und stellt für sie andere Probleme als das traditionelle deutsche Akademikertum: Es geht für die Gewerkschaften *einerseits* darum, diese Gruppen zu organisieren, schon um ihr Abgleiten in rechte Deklassierungs-Mentalität zu verhindern. Aber diese neue Schicht hat seit 1967/68 auch eigene Intellektuellenbewegungen hervorgebracht, die sich zwar als kurzatmiger, aber kurzfristig eben auch als politisch wirksamer erwiesen als die Gewerkschaften. Es geht also für die Gewerkschaften *andererseits* um Möglichkeiten eines Bündnisses mit diesen neuen Bewegungen. Für Deutschland ist seit 1967/68 eben auch neu, daß Intellektuelle/Studenten überhaupt in der Lage waren, eigenständig politische Kraft zu entfalten.

Zurück zu den Chancen einer künftigen möglichen Beziehung zwischen Gewerkschaften und linken Intellektuellen. Die sozialstrukturellen Veränderungen in der Mitgliederbasis der Gewerkschaften und in der Intelligenzschicht und die beschriebenen Lernprozesse könnten dazu führen, daß sich, mindestens für einige Jahre, aus denen dann neu zu lernen wäre, eine *pluralitäre Kooperation bei gegenseitiger Kritik und Einmischung ohne Besserwisserei und Stellvertretertum* entwickelt. *Pluralitär* (nicht pluralistisch im Sinne der Konkurrenz organisierter Interessen) hieße legitime Vielfalt schon der Beziehungsformen: Von der Auftragsforschung über den Kooperationsvertrag, den Wissenschaftsladen, das Bündnis von Organisationen bis hin zum Ortskartell, das auch für Nicht-Mitglieder offen ist.

Kritik und Einmischung müssen schon deshalb sein, weil Intellektuellengruppen und Gewerkschafter es mit den gleichen Problemen und Personen zu tun haben: Soll etwa ein Intellektuellenprojekt, das sich auf arbeitnehmerorientierte Betriebsratsberatung bei Rationalisierungen spezialisiert hat, in Schweigen ausbrechen, wenn es mit seinen Ratschlägen eine veränderte Politik der Gewerkschaft im Betrieb zu fördern in Gefahr

gerät? Soll etwa ein/eine für Hochschulen zuständige Sekretär/in der ÖTV oder der GEW bei Entscheidungen über die Inhalte universitärer Forschung und Lehre Zurückhaltung üben und sich auf die gesetzlich gesicherte Zuständigkeit für den Interessenschutz des Personals beschränken? Die Kompetenzabgrenzungen, die vom gegebenen Recht gesetzt sind, wären noch einmal im Dialog von Gewerkschaftern und Intellektuellen auf ihre praktische Nützlichkeit zu überprüfen.

Die Grenzen von legitimer *Kritik und Einmischung* bezeichne ich mit *Besserwisseri* und *Stellvertretertum*, und diese Begriffe bedürfen nach allem Gesagten auch nicht mehr der Erläuterung, außer vielleicht folgender: Es gab neben der ableitungsmarxistischen Besserwisseri auch eine der Gewerkschaftsapparate und ihrer »organischen« Intellektuellen, und die sah so aus, daß z.B. die Ökologiebewegung als »kleinbürgerlich« und »perspektivlos« eingestuft wurde.

Nach 40 Jahren innerlinker Konfrontation und Ausgrenzung bietet sich vielleicht heute wirklich die Chance einer neuen Zusammenarbeit zwischen Teilen der DGB-Gewerkschaften und Teilen der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen intellektuellen Linken – auf der Basis einer inner-linken Bescheidenheit, um gegenüber dem Kapital gemeinsam unbescheiden sein zu können.

Literatur

- Blanke, Bernhard (1979): Krise der Linken – Krise des Marxismus, in: *Die Linke im Rechtsstaat*, Bd. 2, Berlin, S. 255-269
- Brock, Adolf (Hg.) (1973): *Gewerkschaften am Kreuzweg. Ausgewählte Beiträge aus den »Arbeitsheften der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung«*, Berlin
- Klaus, Barbara/Stiller, Karl Th. (1979): *Atomenergie und Gewerkschaftspolitik*, Bielefeld
- Küsel, Gudrun (Hg.) (1978): *APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch*, Berlin
- Lang, Heinz-Günter (1978): Es kommt nicht nur auf die richtigen Leute an ... Erfahrungen mit Intellektuellen und Studenten, in: *Küsel 1978*, S. 14-28
- Seifert, Jürgen (1978): Die Spaltung der Notstandsopposition und »verrechtlichte« oder »entrechtlichte« Gewerkschaftspolitik, in: *Küsel 1978*, S. 48-54
- Voigt, Karsten D. (1978): Vom Bündnis zum Bruch. Studentenbewegung und demokratische Arbeiterorganisationen 1967/68, in: *Küsel 1978*, S. 55-63
- Weischer, Christoph (1988): *Kritische Gewerkschaftstheorie. Ansätze einer Neuorientierung*, Münster
- Zeuner, Bodo (1976): »Solidarität« mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *PROKLA 26*, S. 3-32

Christoph Scherrer Der »Social Structure of Accumulation«-Ansatz: Ein Interpretationsmodell des Aufstiegs und Niedergangs der U.S. Ökonomie

Zusammenfassung: *Es wird der Versuch einiger sog. »radikaler« politischer Ökonomen in den USA vorgestellt, »Lange Wellen« der Kapitalakkumulation konflikttheoretisch zu interpretieren. Aus den Annahmen, daß sich die Profitabilität des Kapitals in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit, Staat und Ausland entscheidet, und die Investitionsneigung des Kapitals von sicheren Erwartungen abhängt, wird die Notwendigkeit von institutionellen Kompromissen, den sozialen Strukturen der Akkumulation, abgeleitet. Deren Dauerhaftigkeit bestimme die Länge eines Aufschwungs. Dieser Erklärungsansatz ist jedoch wenig überzeugend, da das Verhältnis von Strukturen und Kräfteverhältnissen ebenso ungeklärt bleibt wie die Kausalbeziehungen, die der regressionsanalytischen Operationalisierung der zentralen qualitativen Einflüsse auf die Profitrate zugrunde liegen.*

An einer Erklärung der Stagnationstendenzen der U.S. Ökonomie seit Ende der 60er Jahre haben sich schon viele Theorieschulen versucht. In einschlägigen Untersuchungen wird insbesondere auf das stagnierende Produktivitätswachstum hingewiesen (repräsentativ: Denison 1979). In ihrer Mehrzahl führen empirische Studien – wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung – die im internationalen Vergleich bemerkenswerte Produktivitätsschwäche auf das verlangsamte Wachstum des Kapitalstockes, der Kapitalintensität und des technischen Fortschritts zurück (siehe Übersicht von Wolff 1985). Diesen regressionsanalytischen Studien, die auf eine Ursachenanalyse weitgehend verzichten, stehen innerhalb der *mainstream*-Ökonomie qualitativ ausgerichtete Analysen gegenüber, die auf je einzelne ausgewählte Faktoren, wie z.B. zu hohe Kapitalkosten, zu hohe Lohnkosten und zu kurzfristige Gewinnerorientierung abzielen (vgl. Young 1985, Eckstein u.a. 1984, Hayes/Abermathy 1980).

Aus der Mitte der seit 1968 bestehenden »Union for Radical Political Economics« (URPE)¹ ist, neben diesen überwiegend orthodoxen Interpretationen, in den letzten Jahren eine radikale, marxistisch gefärbte Konkurrenz entstanden. Vor allem die Arbeiten von Bowles, David Gordon and Thomas Weisskopf (kurz: BGW)² haben den Anspruch, die Dynamik der US-Nachkriegsökonomie auf gesellschaftliche Faktoren zurückführen zu können. In gewisser Verwandtschaft zu Theorien der langen Wellen und Akkumulationsphasen, wie sie beispielsweise von Mandel (1983) oder der französischen Regulationsschule (Lipietz 1985) formuliert werden, gehen diese Autoren davon aus, daß die Akkumulationsdynamik des Kapitalismus von einer jeweils dominanten »Social Structure of Accumulation« (SSA) geprägt wird.